



Kommentar
Peter Bußjäger

Keine Einbahn

Die Schlagzeilen zum Ergebnis der jüngsten Meinungsumfrage über den Vorarlberger Landtag haben gezeigt, welche unterschiedlichen Botschaften mit der Berichterstattung über dasselbe Ereignis gesendet werden können: Während die „Vorarlberger

„**Natürlich ist die Aufgabenverteilung zwischen dem Bund und den Ländern immer wieder anzupassen.**“

Nachrichten“ titelten „Bürger fühlen sich dem Landtag nah“, schrieb der ORF Vorarlberg „Zustimmung zum Landtag hat abgenommen“.

Tatsächlich halten 68 Prozent der Befragten den Landtag für eine wichtige oder sehr wichtige Institution. 76 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass dies auch für die Gemeindevertretung gilt, während nur 46 Prozent dasselbe vom Nationalrat und 38 Prozent vom Europäischen Parlament sagen. Bei solchen Werten kann man wohl von einer hohen Verbundenheit sprechen.

Andererseits hat auch der ORF nicht unrecht, denn die Zustimmung war vor zehn Jahren mit 72 Prozent für den Landtag und 82 Prozent für die Gemeindevertretungen doch etwas höher als heute. Es kommt eben darauf an, von welcher Seite man die Sache betrachtet. Für den Landtag ist dieses Ergebnis kein Alarmsignal, aber ein Zeichen, dass er seine Funktion der Öffentlichkeit vielleicht besser kommunizieren muss.

Dies wird vor allem auch deshalb notwendig sein, weil die Vorhaben der Bundesregierung zur Verwaltungsreform wie die aller anderen Bundesregierungen zuvor die Gefahr einer weiteren

Schmälerung der Länderrechte mit sich bringen.

Zwar denken selbst hartgesotene Zentralisten in Österreich nicht an die Abschaffung der Landtage, weil ein solches Vorhaben gerade wegen der starken Identifikation der Bevölkerung mit den Ländern kaum durchsetzbar wäre, sie verfolgen jedoch eine nicht weniger gefährliche Strategie: Die Landeskompetenzen werden schlechtgeredet, von der Bildung über die Krankenanstalten bis hin zum Baurecht, als ob es ausgerechnet dann mehr Geld oder weniger Bürokratie geben würde, wenn diese Aufgaben vom Bund wahrgenommen würden. Stück für Stück würden die Landeskompetenzen so auf den Bund übertragen, bis der Landtag ein seiner Aufgaben entleertes, hohles Gebilde wäre.

Umso erfreulicher ist es, dass auch in der neuen Umfrage die Bevölkerung den Aufgaben des Landtags große Bedeutung beimisst: Energie, Krankenanstalten, Naturschutz, Baurecht, Raumplanung, ja sogar der immer wieder als völlig überflüssig gehandelte Jugendschutz erhalten hohe Zustimmung.

Das bedeutet nicht, dass der bestehende Zustand zwangsläufig der bestmögliche ist. Natürlich ist die Aufgabenverteilung zwischen dem Bund und den Ländern immer wieder anzupassen. Das darf aber nicht in einer Einbahnstraße zum Bund hin erfolgen, sondern die Tendenz vergangener Jahre muss umgekehrt werden. Dies würde auch dem Wunsch der Bevölkerung entsprechen, die den Landtag aufgewertet wissen will.



PETER BUSSJÄGER
peter.bussjaeger@vn.at

Peter Bußjäger ist Direktor des Instituts für Föderalismus und Universitätsprofessor in Innsbruck.